

# Gemeinde Böttingen



Objektbezeichnung:

## Bebauungsplan Riederstein, Teil II - 2. Änderung

Planinhalt:

**RECHTSKRÄFTIGER\_PLAN**

Maßstab:

1/500

Gezeichnet:

BOCK

Gewerk:

BAURECHT

Architekt:

BOCK

Geprüft:

BOCK/BUGGLE

Druckdatum:

01-12-2016

Planbez.:

# **Verfahrensvermerke**

---

- |   |                         |
|---|-------------------------|
| 1. Beschluss über die 2. Änderung des Bebauungsplanes durch den Gemeinderat   | 12.12.2016              |
| 2. Öffentliche Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses                        | 15.12.2016              |
| 3. Auslegungsbeschluss durch den Gemeinderat                                  | 23.01.2017              |
| 4. Öffentliche Auslegung  | 06.02.2017 - 06.03.2017 |
| 5. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange                           | abgesehen               |
| 6. Behandlung der Bedenken und Anregungen durch den GR                        | 15.05.2017              |
| 12. Beschlussfassung über den Bebauungsplan als Satzung durch den Gemeinderat | 15 .05.2017             |
| 13. Öffentliche Bekanntmachung  | .05.2017                |
| 14. Bestätigung der Rechtskraft   | 2017                    |

**Verfahrensgang beglaubigt**  
**Böttingen, den**

**B. Buggle**  
**Bürgermeister**

# ZEICHENERKLÄRUNG

WA

Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO )

0,4

Grundflächenzahl ( § 19 BauNVO )

0,8

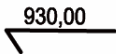
Geschoßflächenzahl ( § 20 BauNVO )

$$II = \frac{I+IU}{I+ID}$$

Zahl der Vollgeschosse ( Höchstgrenze ) ( § 20 BauNVO )  
1 VG und 1 als VG anzurechnendes Unter- oder Dachgeschoß



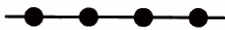
nur Einzelhäuser zulässig ( 22 BauNVO ) §



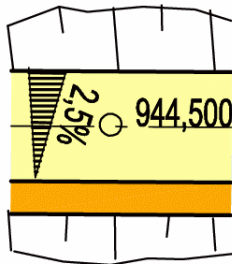
Erdgeschoßrohfußbodenhöhe



Baugrenze ( § 23 (3) BauNVO )



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung ( § 9 (1) 1 BauGB )



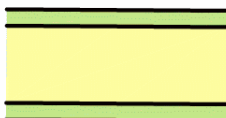
Verkehrsflächen (§ 9 (1) 11 BauGB )

Abgrabung ( § 9 (1) 26 BauGB )

Fahrbahn mit Straßenhöhe und Querneigung

Gehweg

Aufschüttung ( § 9 (1) 26 BauGB )



Seitenstreifen  
Wirtschaftsweg



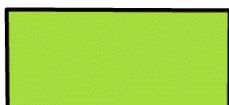
Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 (1) 12 BauGB ):

Kabelverteilerschrank

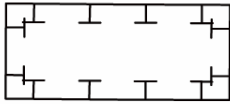


Hauptversorgungsleitungen (§ 9 (1) 13 BauGB )

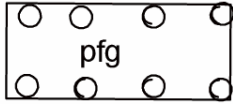
unterirdisch



Öffentliche und private Grünfläche ( § 9 (1) 15 BauGB ) §



Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) 20 BauGB )



Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen ,Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ( § 9 (1) 25a BauGB ): Pflanzgebot



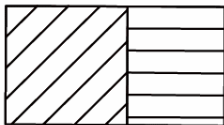
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ( § 9 (7) BauGB )

Baugebiet	Zahl der Voll- geschosse
Grundflächen- zahl	Geschoßflächen- zahl
Baumassen- zahl	Bauweise
Dachneigung	
— — —	

Füllschema der Nutzungsschablone

unverbindliche Grundstücksgrenze

## BESTAND



Gebäude



Kanal



Wasser



Laterne



Höhenlinien

## **BEBAUUNGSPLAN "RIEDERSTEIN TEIL II" – 2. ÄNDERUNG**

In Ergänzung der zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes vom 01.12.2016 im Maßstab 1:500 werden folgende

### **TEXTLICHE FESTSETZUNGEN - BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN**

festgelegt.

Rechtsgrundlagen:

1. Baugesetzbuch (BauGB) Ld.F. vom 01.01.1998 (BGBl. I S. 2141)
2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) Ld.F. vom 23.01.1990 (BGBl. S. 132)
3. Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg vom 08.08.1995 (GBl.S. 617).
4. Planzeichenverordnung (PlanzV90) vom 18.12.1990 (BGBl.1991 I. S. 58).

### **1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**

(§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. BauNVO)

#### **1.1 Bauliche Nutzung:**

##### **1.1.1 Art der baulichen Nutzung (§§ 1 - 15 BauNVO):**

###### **1.1.1.1 Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO):**

Die allgemeinen Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen.

Zulässig sind:

1. Wohngebäude,
2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
3. Betriebe des Beherbergungsgewerbes als Pensionen.

##### **1.1.2 Maß der baulichen Nutzung (§§ 16 - 21 BauNVO):**

###### **1.1.2.1 Höhe baulicher Anlagen (§ 18 BauNVO):**

~~1.1.2.1.1 Die Traufhöhe wird auf max. 3,70 m über der Erdgeschoßrohfußbodenhöhe (EFH) festgesetzt. Die Traufhöhe ist die vertikale Entfernung der Schnittpunkte von EFH und Oberkante Dachhaut mit der Außenkante der Gebäudeseite.~~

Die maximale Gebäudehöhe wird auf 9,50m über der Erdgeschoßrohfußbodenhöhe (EFH) festgesetzt.

###### **1.1.2.2 Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO): 0,4**

#### 1.1.2.3 Vollgeschosse und Geschossflächenzahl (§ 20 BauNVO): II

1.1.2.3.1 Entsprechend den Einschrieben im Plan als Höchstwert festgesetzt.

#### 1.1.3 Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO):

1.1.3.1 Es ist offene Bauweise nach § 22 Abs. 2 BauNVO vorgeschrieben.

1.1.3.1.1 Dachrinnen und Dachvorsprünge über die Nachbargrenze sind unzulässig.

1.1.3.1.2 Es wird empfohlen, mit Garagen einen Grenzabstand von 0,80 m einzuhalten.

1.1.3.2 In der "offenen" Bauweise sind nur Einzelhäuser zulässig.

#### 1.1.4 Überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO):

1.1.4.1 Die überbaubaren Flächen sind durch Festsetzungen von Baugrenzen ausgewiesen.

#### 1.1.5 Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB):

1.1.5.1 Für das Baugebiet werden keine Firstrichtungen festgesetzt.

#### 1.2 Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB):

1.2.1 Anstelle von Garagen sind entsprechende Stellplätze zugelassen.

Für eine Wohneinheit werden 2 Stellplätze festgesetzt. Sind mehrere Wohneinheiten in einem Gebäude vorhanden, werden für 2 Wohneinheiten 3 und für 3 Wohneinheiten 5 Stellplätze festgesetzt.

1.2.2 Die Fläche vor der Garage wird als Stellplatz anerkannt.

1.2.3 Vor den Garagen ist auch bei automatischer Öffnung des Garagentores ein Stauraum zur Straßenbegrenzungslinie von mindestens 5,00 m einzuhalten.

#### 1.3 Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB):

1.3.1 Für ein Einzelhaus sind max. 3 Wohneinheiten zulässig.

#### 1.4 Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB):

1.4.1 siehe Eintragungen im Plan

1.4.1.1 Die dargestellte Aufteilung der Verkehrsflächen ist nicht verbindlich festgesetzt.

#### 1.5 Versorgungsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB):

1.5.1 siehe Eintragungen im Plan

#### 1.6 Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB):

1.6.1 siehe Eintragungen im Plan

#### 1.7 Öffentliche und private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB):

1.7.1 siehe Eintragungen im Plan

#### 1.8 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB):

1.8.1 siehe Eintragungen im Plan

1.8.2 Die Pflanzgebote sind im Grünordnungsplan beschrieben.

#### 1.9 Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB):

1.9.1 Die für die Herstellung der Verkehrsflächen erforderlichen Böschungen sind vom Angrenzer zu dulden. Die im Plan dargestellten Flächen für Abgrabungen und Aufschüttungen stellen den äußersten Umfang dar. Die sonstige Nutzung der Böschungen bleibt dem Eigentümer unbenommen.

1.9.2 Duldung von baulichen Maßnahmen und Vorrichtungen auf den Baugrundstücken: Zur Herstellung des Straßenkörpers und der Straßenbeleuchtung sind in den an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von ca. 20 cm, Unterbauverbreiterung für die Fahrbahn und evtl. Erdplanumsentwässerungseinrichtungen erforderlich und vom Grundstückseigentümer zu dulden.

## **2. BAUORDNUNGSRECHTLICHE GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN**

(§ 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO)

#### 2.1 Dachform bei Hauptgebäuden:

2.1.1 ~~Satteldach, Walmdach und Krüppelwalmdach.~~ Alle Dachformen sind zulässig.

## 2.2 Dachform bei Garagen:

2.2.1 Garagen müssen auf die Dachform des Hauptgebäudes angepasst sein.

2.2.2 ~~Garagen mit Flachdach 0°-3° sind nur zulässig bei Nutzung als Terrasse.~~ Bei Garagen mit Flachdach (Dachneigung 0°-3°), die als Terrassen genutzt werden, sind die Abstandsflächen gemäß dem Gesetz über das Nachbarrecht einzuhalten.

2.2.3 Falls jedoch das Dach des Hauptgebäudes über die Garage abgeschleppt werden soll, so ist diese Ausführung zulässig.

2.2.4 Werden Nachbargaragen an der Grenze zusammengebaut, so sind diese aufeinander abzustimmen. Dieses gilt für die Dachform, Dachneigung, Dachdeckung und Garagenhöhe. Der Zweitbauende hat sich anzupassen.

## 2.3 Dachneigung: DN 0° - 38°

## 2.4 Dacheinschnitte, Dachaufbauten (Dachgaupen) und Zwerchgiebel:

2.4.1 Dacheinschnitte, Dachgaupen und Zwerchgiebel müssen durch einen mindestens 2,0 m breiten, seitlichen Dachstreifen begrenzt sein.

## 2.5 Es ist ein Dachvorsprung von mindestens 0,5 m vorzusehen (außer bei Flachdächern).

## 2.6 Erdgeschossrohfußbodenhöhe:

2.6.1 Siehe Eintragungen im Plan. Abweichungen von  $\pm 0,25$  m sind zulässig.

## 2.7 Äußere Gestaltung:

2.7.1 Die Dächer sind mit Ziegeln, Betondachsteinen oder optisch vergleichbaren umweltfreundlichen Materialien in den Farben rot bis rotbraun bzw. hellrot oder anthrazit einzudecken.

2.7.2 Geneigte Garagendächer sind mit dem gleichen Material des Hauptgebäudes einzudecken.

2.7.3 Bei der Gestaltung der Außenflächen der Gebäude sind blanke Metallelemente und glänzende Oberflächen nicht gestattet. Auffallende, glänzende und grelle Farben sind nicht zulässig.



## 2.8 Einfriedigungen (§ 74 (1) Nr. 3 LBO):

2.8.1 Als Einfriedigungen sind Hecken, Zäune und Mauern bis 0,8 m Höhe an der Straßenseite zugelassen. Drahtzäune sind an der Straßenseite mit Hecken, Sträuchern oder selbstklimmenden Pflanzen einzugrünen.

2.8.2 An den Straßen, an denen keine Gehwege oder Seitenstreifen sind, müssen zur Sicherung eines ausreichenden Lichtraumprofils für die Fahrbahn feste Einbauten wie Einfriedigungen mindestens 0,50 m Abstand zum Fahrbahnrand (Bordstein) haben.

2.8.3 Der Besitzer der Hecke ist zur Verkürzung der Hecke und zum Zurückschneiden der Zweige bis zur Hinterkante des Gehwegs bzw. bei fehlendem Seitenstreifen bis 0,50 m vom Fahrbahnrand (Bordstein) verpflichtet.

## 2.9 Freileitungen (§ 74 Abs. 1 Nr. 5 LBO):

2.9.1 Niederspannungsfreileitungen und Fernmeldefreileitungen sind innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches nicht zulässig.

## 2.10 Antennen (§ 74 Abs. 1 Nr. 4 LBO):

2.10.1 Außenantennen und Außen-Satellitenantennen sind innerhalb des räumlichen Gestaltungsbereiches nicht zulässig.

## 2.11 Gestaltung der unbebauten Flächen bebauter Grundstücke:

2.11.1 PKW-Stellplätze und Garagenvorplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen wie Schotter, Rasengittersteinen oder im Sandbett verlegtem Pflaster mit sandverfüllten Fugen oder mit wasserdurchlässigen Steinen zu befestigen.

## 2.12 Oberirdische Behälter:

Das Aufstellen oberirdischer Behälter für Öl und Gas außerhalb von Gebäuden ist unzulässig.

## 2.13 Müllbehälter:

Plätze und bauliche Anlagen für Müllbehälter sind so herzustellen, dass sie sich gestalterisch in die bauliche Anlage einfügen. Soweit sie unabhängig vom Hauptgebäude hergestellt werden, sind sie einzugrünen.

### **3. NACHRICHTLICH ÜBERNOMMENE FESTSETZUNGEN NACH ANDEREN GESETZLICHEN VORSCHRIFTEN (§ 9 Abs. 6 BauGB)**

3.1 Das Landesdenkmalamt ist gemäß § 20 DSchG (zufällige Funde) unverzüglich zu benachrichtigen, falls Bodenfunde bei Erdarbeiten im Planungsbereich zutage treten, alte Grenzsteine oder Ähnliches von den Baumaßnahmen betroffen sein sollten.

### **4. BESONDERE HINWEISE**

#### 4.1 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg:

Der Baugrund im geplanten Allgemeinen Wohngebiet wird von verkarsteten Kalksteinen des Oberjuras aufgebaut.

Beim Auftreten von Dolinen, Spalten usw. im Gründungshorizont wird eine Baugrundberatung empfohlen.

Hinsichtlich des gebotenen Schutzes des Grundwassers wird mitgeteilt, dass das Plangebiet in der Weiteren Schutzzone (Zone 111) des Wasserschutzgebietes der Lippach-Quelle der Gemeinde Mahlstetten liegt.

Erdwärmesonden werden in dem stark verkarsteten Gebiet für nicht vertretbar gehalten.

#### 4.2 Kreiswasserwirtschaftsamt:

Das Baugebiet liegt in der Zone 111 des fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzgebietes für die "Lippachquelle" der Gemeinde Mahlstetten. Sofern die Bestimmungen der geltenden Schutzgebiets-Rechtsverordnung des Landratsamtes Tuttlingen vom 20. September 2000 beachtet werden, bestehen keine grundlegenden Einwände.

4.2.1 Das ATV-Arbeitsblatt A 142 "Abwasserkanäle und -leitungen in Wassergewinnungsgebieten einschl. ATV-Hinweis H 146" ist zu beachten.

4.2.2 Der Mutterbodenabtrag muss auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt werden. Der Mutterboden ist frühmöglichst, wieder anzudecken und zu begrünen.

4.2.3 Bei den Bauarbeiten muss darauf geachtet werden, dass keine Verunreinigungen des Untergrundes durch wassergefährdende Stoffe und/oder Flüssigkeiten eintreten können. Handlungen sind zu unterlassen, die das Grundwasser nachteilig verändern könnten.

4.2.4 Bei der Bauausführung dürfen keine wassergefährdenden Bau- und/oder Bauhilfsstoffe (z.B. Öle, Kaltteer, phenolhaltige Stoffe) zur Anwendung gelangen.

4.2.5 Baustelleneinrichtungen dürfen nur auf befestigten Flächen erfolgen.

4.2.6 Die Betankung von Baustellenfahrzeugen sowie sonstiger Gerätschaften darf nur auf undurchlässigen Grundstücksflächen erfolgen, die gegen wassergefährdende Stoffe ausreichend beständig sein müssen.

4.2.7 Ölbindemittel sind in ausreichender Menge vorzuhalten. Durch Hinweisschilder ist auf den Lagerstandort des Bindemittels sowie auf eine sofortige Aufnahmepflicht von Tropfmengen hinzuweisen. Gebrauchtes Ölbindemittel und evtl. verunreinigter Boden sind unverzüglich ordnungsgemäß zu entsorgen.

4.2.8 In Anlehnung an § 34 Abs. 2 WHG dürfen Stoffe nur so gelagert werden, dass keine schädlichen Verunreinigungen des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung eintreten kann. Transportable Kraftstoffbehälter sowie sonstige Behältnisse mit Öl und/oder Schmierstoffen dürfen nur innerhalb von flüssigkeitsdichten Auffangwannen deponiert werden.

4.2.9 Bei evtl. Lagerung von mineralölbehafteten Fahrzeugteilen oder sonstigen Stoffen, von denen eine Gefahr für den Boden und das Grundwasser ausgehen kann, ist in Anlehnung an die §§ 1a und 34 Abs. 2 WHG dafür Sorge zu tragen, dass diese Gegenstände grundsätzlich auf flüssigkeitsdichtbefestigten Flächen oder Auffangwannen deponiert werden.

4.2.10 Bei Lagerung im Freien muss gewährleistet sein, dass in ausreichendem Maß Vorkehrungen getroffen werden, damit Schutz vor Niederschlagswasser gegeben ist.

4.2.11 Auf die Haftungsbestimmungen für Veränderungen oder Verunreinigungen eines Gewässers (auch Grundwasser) wird ausdrücklich hingewiesen (§ 22 WHG).

4.2.12 Sollte im Zuge von Baumaßnahmen Grundwasser freigelegt werden, ist das Landratsamt Tuttlingen – Kreiswasserwirtschaftsamt unverzüglich zu benachrichtigen.

4.2.13 Innerhalb des Geltungsbereichs sind flächenhafte Drainagen verboten.

4.2.14 Alle Maßnahmen, die eine wesentliche Verminderung der Grundwasserneubildung oder des nutzbaren Dargebots zur Folge haben, sowie das Erschließen von Grundwasser sind verboten.

4.2.15 Aufgrund der Lage innerhalb des Wasserschutzgebietes kann der Errichtung von Erdwärmesonden im Planungsbereich nicht zugestimmt werden.

4.3 Der Baugrubenaushub soll möglichst auf dem Baugrundstück verbleiben.

4.4 Beseitigung von Niederschlagswasser:

Für den gesamten Geltungsbereich gelten die Vorgaben der Verordnung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22.03.1999.

## **5. UNVERBINDLICHE GESTALTUNGSVORSCHLÄGE**

5.1 Fassadenbegrünung durch Rankgerüste oder selbstklimmende Pflanzen.

5.2 Die unbebauten Grundstücksflächen der bebauten Grundstücke sind mit heimischen Bäumen und Sträuchern und Rasen- bzw. Wiesenflächen anzulegen und zu unterhalten.

5.3 Bei der Einpflanzung der Einfriedigung wird die Verwendung von heimischen Wildhecken nahegelegt, die nur einen Pflegeschnitt erfordern.

5.4 Es wird empfohlen, einen Dachrinnenabfluss mit einer Regenwasserfanganlage (mind. 200 Liter) vorzusehen. Hiermit kann weitgehendst die Gartenbewässerung durchgeführt werden.

Böttingen, den

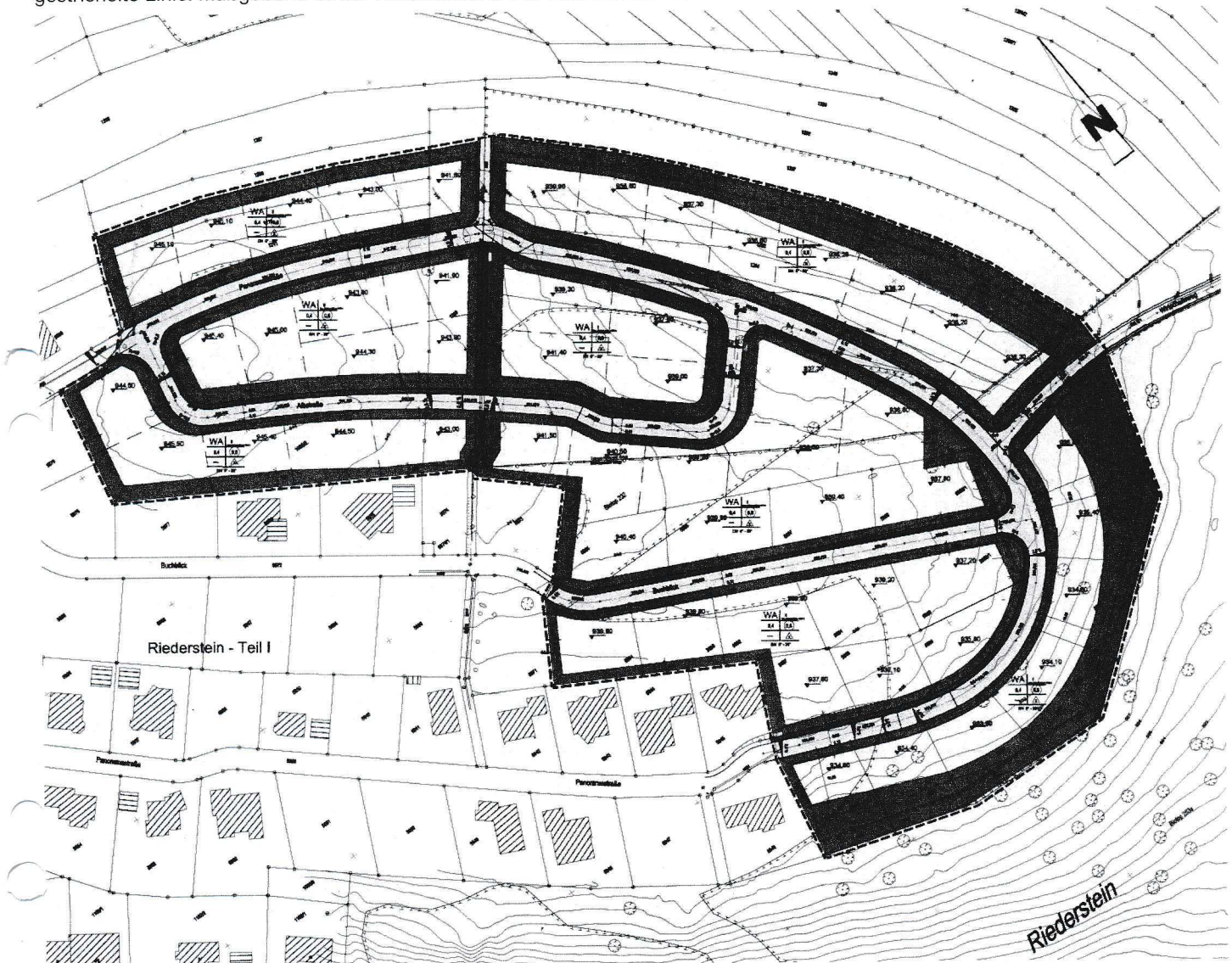
gez. B. Buggle  
Bürgermeister

## Öffentliche Bekanntmachung

### Inkrafttreten der 2. Änderung des Bebauungsplanes „Riederstein, Teil II“

Der Gemeinderat der Gemeinde Böttingen hat am 15.05.2017 in öffentlicher Sitzung auf der Grundlage des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg die 2. Änderung des Bebauungsplans „Riederstein, Teil II“ gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus nachfolgend dargestelltem Lageplan durch eine dick schwarz gestrichelte Linie. Maßgebend ist der Zeichnerische Teil vom 01.12.2016.



----- = räumlicher Geltungsbereich

**Die 2. Änderung des Bebauungsplans „Riederstein, Teil II“ tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 10 Abs. 3 BauGB).**

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung im Bürgermeisteramt, Rathaus Böttingen, Allenspacher Weg 2, 78583 Böttingen während den üblichen Öffnungszeiten eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan mit Anlagen und die Örtlichen Bauvorschriften sowie die gemeinsame Begründung einsehen und über die Inhalte Auskunft verlangen.

#### Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39- 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der dort genannten Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

#### Rechtsfolgen aufgrund etwaiger Verletzungen von Vorschriften über die Aufstellung von Satzungen:

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder ein nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtlicher Mangel des Abwägungsvorganges können gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1-3 BauGB nur beachtlich werden, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Rechtsvorschriften oder den Mangel des Abwägungsvorganges begründen soll, ist darzulegen.



Nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gelten der Bebauungsplan und die dazu erlassenen Örtlichen Bauvorschriften – sofern sie unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen sind – ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt **nicht**, wenn:

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und/oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden sind.

Böttingen, den 16.05.2017  
gez.  
Buggle  
Bürgermeister

## Neue Ehrungsrichtlinien beschlossen

Dem vielfachen Wunsch aus den Vereinen entsprechend, hat sich der Gemeinderat in der vergangenen Sitzung mit einer Neufassung der Ehrungsrichtlinien der Gemeinde Böttingen befasst. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, herausragendes bürgerschaftliches Engagement anerkennen und würdigen zu können. Ehrungsvorschläge sollen direkt aus der Bevölkerung und aus den Vereinen kommen.



Gemeinde Böttingen  
Landkreis Tuttlingen

## Richtlinien über die Verleihung von Auszeichnungen, Ehrungen und Anerkennungen der Gemeinde Böttingen - Ehrungsrichtlinie -

Der Gemeinderat der Gemeinde Böttingen hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 15. Mai 2017 nachfolgende Richtlinien beschlossen:

### Präambel

Der Gemeinderat der Gemeinde Böttingen möchte bürgerschaftliches Engagement in einer besonderen Form ehren. Das Zusammenleben in unserer Gemeinde ist durch die große Einsatzbereitschaft zahlreicher Personen, Vereine, Organisationen, Institutionen und Gruppen stark geprägt. Die Initiativen im kommunalen, sozialen, kulturellen, kirchlichen, caritativen, sportlichen und wissenschaftlichen Bereich sind ein unverzichtbarer Bestandteil für ein lebendiges und attraktives Gemeinwesen.

### § 1

#### Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Böttingen, Ordensverleihung

- (1) Die Gemeinde Böttingen kann entsprechend § 22 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg als höchste Auszeichnung Personen, die durch persönliches Engagement hervorragendes Verdienste um das Gemeinwohl der Gemeinde Böttingen erworben haben oder sich in hohem Maße für die Belange des Landes Baden-Württemberg oder der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt und verdient gemacht haben, das Ehrenbürgerrecht verleihen.

- (2) Als Zeichen des Ehrenbürgerrechts wird dem Ehrenbürger ein Ehrengeschenk im Rahmen einer von der Gemeinde ausgerichteten Feierstunde durch den Bürgermeister verliehen. In einer Verleihungsurkunde werden die Verdienste des zu ehrenden Bürgers in angemessener Form gewürdigt.

- (3) Das Ehrenbürgerrecht ist eine reine Ehrenbezeichnung und weder mit besonderen Rechten noch Pflichten verbunden. Ehrenbürger werden zu größeren Veranstaltungen der Gemeinde eingeladen.

- (4) Wird ein Böttinger Bürger mit einem Orden des Bundes (Bundesverdienstorden) oder des Landes geehrt, richtet die Gemeinde die Feier der Ordensverleihung aus.

### § 2

#### Ehrung von Alters- und Ehejubilaren

- (1) Altersjubilare werden durch den Bürgermeister oder dessen Stellvertreter ab dem 80. Geburtstag und allen danach folgenden halbrunden (85., 95., usw.) und runden (90., 100., usw.) Jubiläen besucht und mit einem Geschenk geehrt. Zum 75. Geburtstag erfolgt ebenfalls eine Anerkennung mit einer Gabe, jedoch kein Besuch.
- (2) Ehejubilare werden durch den Bürgermeister oder dessen Stellvertreter

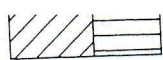
zur Goldenen Hochzeit (50 Jahre), Diamantenen Hochzeit (60 Jahre), Eiserernen Hochzeit (65 Jahre) und Gnadenhochzeit (70 Jahre) besucht und mit einem Geschenk geehrt.

### § 3

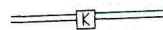
#### Ehrung von besonderen Leistungen und Verdiensten im Ehrenamt

- (1) Die Gemeinde Böttingen ehrt einzelne Personen oder Gruppierungen, die herausragende persönliche Leistungen und Verdienste im sportlichen, kulturellen, sozialen, kirchlichen und caritativen Bereich erbracht haben, mit einem **Anerkennungspreis**. Hierbei ist von allen Beteiligten darauf zu achten, dass Leistungen gleichmäßig gewichtet und bewertet werden, die Ehrung tatsächlich für den zu Ehrenenden eine Ehre darstellt und von der Allgemeinheit und den anderen Gruppen anerkannt wird. Im Zweifel ist von einer Ehrung abzusehen.
- (2) Herausragend sind Leistungen insbesondere, wenn sie auf regionaler, landes- oder bundesweiter Ebene erworben wurden. Im Zweifelsfall entscheidet der Gemeinderat, ob eine Leistung herausragend oder ein Verdienst ehrungswürdig ist.
- (3) Personen, die für eine Ehrung nach diesem Paragraphen in Frage kommen, müssen zum Zeitpunkt der erbrachten





Gebäude



Kanal



Wasser



Laterne



Höhenlinien

# Verfahrensvermerke

- |   |                         |
|---|-------------------------|
| 1. Beschluss über die 2. Änderung des Bebauungsplanes durch den Gemeinderat   | 12.12.2016              |
| 2. Öffentliche Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses                        | 15.12.2016              |
| 3. Auslegungsbeschluss durch den Gemeinderat                                  | 23.01.2017              |
| 4. Öffentliche Auslegung  | 06.02.2017 - 06.03.2017 |
| 5. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange                           | abgesehen               |
| 6. Behandlung der Bedenken und Anregungen durch den GR                        | 10.05.2017              |
| 12. Beschlussfassung über den Bebauungsplan als Satzung durch den Gemeinderat | 10.05.2017              |
| 13. Öffentliche Bekanntmachung  | 25.05. 2017             |
| 14. Bestätigung der Rechtskraft   | 25.05. 2017             |

Verfahrensgang beglaubigt  
Böttingen, den 16. MAI 2017

B. Buggle  
Bürgermeister

